

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/440

"Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2023""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/440 vom 23.01.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1067 des SO vom 20.03.2014
3. Beschluss des Plenums 17/1484 vom 03.04.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt das Ziel der Staatsregierung, Bayern bis zum Jahr 2023 komplett barrierefrei zu gestalten und hierfür ein Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“ aufzulegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah schriftlich und mündlich über die geplante Ausgestaltung des von Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung vom November 2013 angekündigten Sonderinvestitionsprogramms zu berichten.

Hierbei ist insbesondere auf die folgenden Aspekte einzugehen:

- Was versteht die Staatsregierung unter einer umfassenden Barrierefreiheit des gesamten öffentlichen Raums?
- Gibt es ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept für die Umsetzung der Barrierefreiheit in Bayern?
- Bei welcher staatlichen Instanz liegt die Federführung für die ressort- und fachbereichsübergreifende Umsetzung der Barrierefreiheit?
- In welchen Schritten und mit welchen Schwerpunkten soll die Vorgabe einer umfassenden Barrierefreiheit in den verschiedenen Politikfeldern und Fachgebieten umgesetzt werden?
- Plant die Staatsregierung die Einrichtung einer landesweiten Fachstelle Barrierefreiheit, die das notwendige fachliche Wissen bündelt und den verschiedenen politischen und administrativen Akteuren beratend zur Verfügung steht?
- Plant die Staatsregierung eine umfassende Informations- und Aufklärungskampagne zur öffentlichen Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung aller gesellschaftlichen Akteure für die Umsetzung der Barrierefreiheit?
- In welcher Form werden die betroffenen Menschen mit Behinderungen, ihre Verbände und Organisationen, sowie alle anderen betroffenen gesellschaftlichen Akteure aktiv an der Umsetzung der Barrierefreiheit in Bayern beteiligt?
- Was für ein Finanzvolumen wird das Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“ umfassen und in welcher zeitlichen Staffelung werden die Mittel bereitgestellt?
- Gibt es bereits einen entsprechenden Haushaltstitel und welche Mittel werden im Nachtragshaushalt 2014 für diesen Zweck eingesetzt?
- In welcher Form und in welchem Umfang können die verschiedenen kommunalen Instanzen an dem Sonderinvestitionsprogramm partizipieren?
- Ist eine Beteiligung von Bund oder Kommunen an der finanziellen Ausgestaltung des Sonderinvestitionsprogramms vorgesehen?
- Plant die Staatsregierung eine Überprüfung und Stärkung aller in ihrem Kompetenzbereich liegenden rechtlichen und gesetzlichen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten zur Einhaltung der Barrierefreiheit?
- Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, die Vergabe öffentlicher Fördermittel in den Bereichen Städte-, Straßen- und Wohnungsbau sowie im öffentlichen Nahverkehr stärker an die barrierefreie Ausgestaltung der Vorhaben zu binden?
- Plant die Staatsregierung die Initiierung eigener Forschungsprojekte zur Entwicklung von Standards für die Implementierung der Barrierefreiheit in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, für die Weiterentwicklung assistiver Technologien und neuer Konzepte im Bereich des „universellen Designs“?
- Wie wird die Umsetzung der Barrierefreiheit im Landesentwicklungsplan und den verschiedenen regionalen Entwicklungsplänen verankert?
- In welcher Form, mit welchen Mitteln und Instrumenten unterstützt die Staatsregierung die Kommunen bei der Umsetzung einer inklusiven Sozialraumplanung?

- Plant die Staatsregierung die Vergabe eines Zertifikats „Barrierefrei“ für öffentliche Gebäude und Einrichtungen?
- Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zum Ausbau barrierefreier Informations- und Kommunikationsangebote sowie entsprechender technischer Hilfsmaßnahmen für sinnesbehinderte Menschen?
- Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Integration des Themas Barrierefreiheit in die Ausbildungsverordnungen und Fortbildungsangebote für die verschiedenen mit der Umsetzung der Barrierefreiheit befassten Berufsgruppen?
- Welche Konzepte hat die Staatsregierung für die Umsetzung einer barrierefreien öffentlichen Verwaltung?

Begründung:

Die Umsetzung einer umfassenden Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum und allen gesellschaftlichen Bereichen ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen und aller anderen Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen. Die Verwirklichung der Barrierefreiheit ist deshalb auch ein Kernbereich in der politischen Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Zielsetzung eines komplett barrierefreien Bayerns bis zum Jahr 2023 ist sehr ehrgeizig und erfordert einen politischen und finanziellen Kraftakt. Das Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“ muss deshalb mit erheblichen Mitteln ausgestattet werden. Bei der Entwicklung und Umsetzung eines Aktionsplans zur schrittweisen Verwirklichung der Barrierefreiheit in Bayern sind die verschiedenen kommunalen Ebenen, alle betroffenen gesellschaftlichen Akteure und die betroffenen Menschen mit Behinderungen aktiv zu beteiligen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/440

Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2023"

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass das Wort „zeitnah“ durch die Worte „bis zur Sommerpause durch einen ersten Zwischenbericht und im Laufe der zweiten Jahreshälfte abschließend“ ersetzt wird.

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

Kerstin Celina
Joachim Unterländer

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 6. Februar 2014 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 26. Februar 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 18. März 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 20. März 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/440, 17/1067

Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“

Der Landtag unterstützt das Ziel der Staatsregierung, Bayern bis zum Jahr 2023 komplett barrierefrei zu gestalten und hierfür ein Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“ aufzulegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zur Sommerpause durch einen ersten Zwischenbericht und im Laufe der zweiten Jahreshälfte abschließend schriftlich und mündlich über die geplante Ausgestaltung des von Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung vom November 2013 angekündigten Sonderinvestitionsprogramms zu berichten.

Hierbei ist insbesondere auf die folgenden Aspekte einzugehen:

- Was versteht die Staatsregierung unter einer umfassenden Barrierefreiheit des gesamten öffentlichen Raums?
- Gibt es ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept für die Umsetzung der Barrierefreiheit in Bayern?
- Bei welcher staatlichen Instanz liegt die Federführung für die ressort- und fachbereichsübergreifende Umsetzung der Barrierefreiheit?
- In welchen Schritten und mit welchen Schwerpunkten soll die Vorgabe einer umfassenden Barrierefreiheit in den verschiedenen Politikfeldern und Fachgebieten umgesetzt werden?

- Plant die Staatsregierung die Einrichtung einer landesweiten Fachstelle Barrierefreiheit, die das notwendige fachliche Wissen bündelt und den verschiedenen politischen und administrativen Akteuren beratend zur Verfügung steht?
- Plant die Staatsregierung eine umfassende Informations- und Aufklärungskampagne zur öffentlichen Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung aller gesellschaftlichen Akteure für die Umsetzung der Barrierefreiheit?
- In welcher Form werden die betroffenen Menschen mit Behinderungen, ihre Verbände und Organisationen, sowie alle anderen betroffenen gesellschaftlichen Akteure aktiv an der Umsetzung der Barrierefreiheit in Bayern beteiligt?
- Was für ein Finanzvolumen wird das Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“ umfassen und in welcher zeitlichen Staffelung werden die Mittel bereitgestellt?
- Gibt es bereits einen entsprechenden Haushaltstitel und welche Mittel werden im Nachtragshaushalt 2014 für diesen Zweck eingesetzt?
- In welcher Form und in welchem Umfang können die verschiedenen kommunalen Instanzen an dem Sonderinvestitionsprogramm partizipieren?
- Ist eine Beteiligung von Bund oder Kommunen an der finanziellen Ausgestaltung des Sonderinvestitionsprogramms vorgesehen?
- Plant die Staatsregierung eine Überprüfung und Stärkung aller in ihrem Kompetenzbereich liegenden rechtlichen und gesetzlichen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten zur Einhaltung der Barrierefreiheit?
- Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, die Vergabe öffentlicher Fördermittel in den Bereichen Städte-, Straßen- und Wohnungsbau sowie im öffentlichen Nahverkehr stärker an die barrierefreie Ausgestaltung der Vorhaben zu binden?
- Plant die Staatsregierung die Initiierung eigener Forschungsprojekte zur Entwicklung von Standards für die Implementierung der Barrierefreiheit in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, für die Weiterentwicklung assistiver Technologien und neuer Konzepte im Bereich des „universellen Designs“?
- Wie wird die Umsetzung der Barrierefreiheit im Landesentwicklungsplan und den verschiedenen regionalen Entwicklungsplänen verankert?

- In welcher Form, mit welchen Mitteln und Instrumenten unterstützt die Staatsregierung die Kommunen bei der Umsetzung einer inklusiven Sozialraumplanung?
- Plant die Staatsregierung die Vergabe eines Zertifikats „Barrierefrei“ für öffentliche Gebäude und Einrichtungen?
- Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zum Ausbau barrierefreier Informations- und Kommunikationsangebote sowie entsprechender technischer Hilfsmaßnahmen für sinnesbehinderte Menschen?
- Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Integration des Themas Barrierefreiheit in die Ausbildungsverordnungen und Fortbildungsangebote für die verschiedenen mit der Umsetzung der Barrierefreiheit befassten Berufsgruppen?
- Welche Konzepte hat die Staatsregierung für die Umsetzung einer barrierefreien öffentlichen Verwaltung?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Christine Kamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir machen jetzt Mittagspause. Es geht um 13.30 Uhr weiter. Guten Appetit!

(Unterbrechung von 12.54 bis 13.33 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause ist beendet. Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir haben vor der Mittagspause eine persönliche Erklärung zur Regierungserklärung, Tagesordnungspunkt 2 dieser Sitzung, von Herrn Bocklet gehört. Zum Hintergrund: Wir waren uns im Präsidium nicht ganz im Klaren, ob es nach Geschäftsordnung zulässig war, diese erst nach weiteren Tagesordnungspunkten zuzulassen. Da ist die Geschäftsordnung nicht eindeutig. Es ist aber Tatsache, dass sich im Anschluss an die persönliche Erklärung, unmittelbar vor der Mittagspause, als die meisten schon

den Saal verlassen hatten, Frau Christine Kamm sich zu einer Gegenrede zu dieser persönlichen Erklärung gemeldet hat, die nach unserer Geschäftsordnung zulässig ist. Da wir die persönliche Erklärung zugelassen haben, lasse ich auch diese Gegenrede zu. Ich teile Ihnen noch mit, dass wir diese Unklarheit der Geschäftsordnung demnächst der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Verdeutlichung und Klärung vorlegen werden.

Bitte schön, Frau Kamm. Sie haben fünf Minuten.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bocklet hat vor der Mittagspause erklärt, dass er sich beleidigt gefühlt habe durch meine Bemerkung, dass er in Brüssel gesagt habe, dass man Worte bayerischer Vertreter nicht so ernst nehmen solle; es würde sich eher um Folklore handeln; in Wirklichkeit seien die Bayern ja europafreundlich.

Die Situation, in der er dies geäußert hatte, war der Besuch unseres Europaausschusses in Brüssel. Da gab es freundlicherweise für den Europaausschuss und für geladene Gäste einen Abend in der Bayerischen Vertretung am 10. März. Nachdem die Frau Ministerin eine kurze Ansprache gehalten hatte, hat sich Landtagsvizepräsident Bocklet kurz geäußert und in diesem Zusammenhang ein vermittelndes Wort gesucht. Dieses vermittelnde Wort zielte eben darauf ab, dass die harschen Töne aus Bayern nicht so ernst gemeint seien, sondern es sich um folkloristische Gebräuche handeln würde.

Ich habe das hier gesagt, weil ich zeigen wollte, wie janusköpfig oft das Auftreten der Staatsregierung und der CSU in Europa ist. Auf der einen Seite möchte man natürlich gerne große Europäer sein, auf der anderen Seite hört man oft sehr harsche Worte aus München. Herr Bocklet wollte offenbar gegenüber dem Publikum vermitteln und eine etwas freundliche Stimmung schaffen. Es war doch eigentlich ganz nett gemeint. Ich habe diese Bemerkung meinerseits nicht als Beleidigung von Herrn Bocklet gesehen. Ich würde mir eigentlich wünschen, dass er weiterhin vermittelnd auftritt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kamm. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt endgültig abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bestattungsgesetzes – Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit", Drucksache 17/94, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 99, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Prof. Dr. Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Verdoppelung der Ballungsraumzulage", Drucksache 17/323, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 67, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf auch abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun kann ich die Dringlichkeitsanträge aufrufen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern
Drs. 17/429, 17/1017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränlein u.a. SPD
Demografie der Bayerischen Polizei
Drs. 17/430, 17/1016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“
Drs. 17/440, 17/1067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Amerikahaus in bewährter Form für die Bürger erhalten – keine Sicherheitskonferenz in den Räumen des Amerikahauses zulassen
Drs. 17/504, 17/1104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg am 21. Dezember 2013
Drs. 17/562, 17/1015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!
Drs. 17/563, 17/1030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
-----	-----	--------------	-----

A Z ENTH ENTH

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Friedliche und faire Olympische Winterspiele
Drs. 17/578, 17/1029 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

 Z Z Z ENTH

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum Zustimmung der Abstimmung zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Hermann Imhof, Bernhard Seidenath, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Änderung des Bestattungsgesetzes;
Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Verwendungsverbot von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit
Drs. 17/580, 17/1204 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

 Z ENTH Z ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Ingrid Heckner, Joachim Unterländer, Karl Freller u.a. CSU
Ausweitung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für öffentlich Bedienstete
Drs. 17/626, 17/1048 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

 Z Z Z Z

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Teilnahme des Freistaats Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“
Drs. 17/1052 17/1358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ

